

► Allgemeines

Neue Öffnungszeiten der DZI-Fachbibliothek. Ab 1. Oktober 2005 hat die Fachbibliothek des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen zu folgenden Zeiten geöffnet: montags bis donnerstags von 10 bis 16 Uhr sowie nach Anmeldung montags und dienstags bis 18 Uhr und freitags von 10 bis 12 Uhr. Die Bibliothek steht allen Interessierten zur Verfügung, die Literatur über die Gebiete der Sozialen Arbeit, der Wohlfahrtspflege und der benachbarten Disziplinen suchen. In der Datenbank DZI-SoLit wird themenzentriert recherchiert, außerdem stehen die Karteikarten des Altbestandes (Veröffentlichungen, die vor 1979 erschienen sind) zur Verfügung. Die Recherchen sind gebührenpflichtig. Die Bibliothek ist zu den genannten Zeiten telefonisch zu erreichen unter 030/83 90 01-13. E-Mail: bibliothek@dzi.de, Internet: www.dzi.de

Kinder organisieren sich!? Über die Rolle erwachsener Koordinator(innen) in der südafrikanischen Kinderbewegung. Von Malve von Möllendorff. Bibliotheks- und Informationssystem der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Eigenverlag. Oldenburg 2005, 224 S., EUR 10,- *DZI-D-7218*

Wo Kinder weitgehend auf sich allein gestellt und Erwachsene nicht in der Lage sind, ihnen eine Umgebung zu schaffen, in der sie physisch und psychisch gesund aufwachsen können, bleibt den Kindern nur, selber aktiv zu werden und ihre Lebenssituation zu verbessern. Das aus der Anti-Apartheid-Bewegung entstandene Children's Resource Centre fördert seit mehr als 20 Jahren eine Kinderbewegung in Südafrika. Kinder in Armut- und Ausgrenzungslagen werden unterstützt, sich in Kindergruppen zu organisieren. Die vorliegende Studie geht der Frage nach, in welcher Form sich die Kinder selber organisieren können und in welchen Bereichen sie Unterstützung von erwachsenen Koordinatorinnen und Koordinatoren benötigen. Bestellanschrift: Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Verlag, Postfach 25 41, 26015 Oldenburg, Tel.: 04 41/798-22 61, Fax: 04 41/798-40 40 E-Mail: verlag@bis.uni-oldenburg.de

Rückgang der Asylanträge. Im ersten Halbjahr 2005 wurden in Deutschland 14 428 Asylanträge gestellt. Damit ist die Zahl der Asylbewerberinnen und -bewerber im Vergleich zum zweiten Halbjahr 2004 noch einmal um 2 497 Personen oder 14,8 % gesunken. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres, dem ersten Halbjahr 2004, ging die Zahl der Antragstellenden um 4 254 Personen oder 22,8 % zurück. *Quelle: AWO Magazin 5.2005*

► Soziales

Zentrale Kindergeld-Servicenummer. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) verbessert ihren Service für Kindergeldempfängerinnen und -empfänger: Unter der bundesweit einheitlichen Rufnummer 01 801/924 58 64 (für Zahlungen)

können sich Eltern über Auszahlungstermine von Kindergeld informieren. Voraussichtlich bis zum Jahresende werden auch für individuelle Anfragen alle Familienkassen unter der bundesweiten Nummer 01 801/54 63 37 (Kinder) erreichbar sein. Die Anrufe werden künftig von Servicecentren zentral entgegengenommen. Sie sind von Montag bis Donnerstag von 7 bis 16 Uhr erreichbar. *Quelle: Informationen aus Wirtschaft & Arbeit 4.2005*

Orientierungshilfe zu Hartz IV. Arbeitslose 2005: Chancen statt Vorurteile. Hrsg. Caritas in NRW/Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn. Selbstverlag. Düsseldorf 2005, 42 S., EUR 1,- + Porto *DZI-D-7302*

Diese Abhandlung ist eine Orientierungshilfe zu den Hartz IV-Regelungen. Betroffene sowie ehren- und hauptamtliche Mitarbeitende des katholischen Wohlfahrtsverbandes sollen für ihre Beratungen unterstützt werden, um auf Anfragen kompetent antworten zu können. Gleichzeitig erfährt man die Einschätzung der Caritas zu den Sozialreformen und Anregungen für Aktionen. Bestellanschrift: Diözesan-Caritasverband Münster, Kardinal-von-Galen-Ring 45, 48149 Münster, Tel.: 02 51/89 01-274, Fax: 02 51/89 01-42 74, E-Mail: ruejtjes@caritas-muenster.de

Heranziehung Unterhaltspflichtiger. Der Vorstand des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge (DV) hat zur Heranziehung Unterhaltspflichtiger in der Sozialhilfe aktualisierte Empfehlungen herausgegeben. Die Entwicklung der Rechtsprechung zum Elternunterhalt, die Werte der Düsseldorfer Tabelle (Stand 1.7.2005) und die Änderungen im Sozialhilferecht durch das Sozialgesetzbuch XII sind berücksichtigt. Die Empfehlungen sind seit August 2005 als Sonderdruck im Eigenverlag des DV zum Preis von 5,50 Euro (zuzüglich Porto und Versand) unter folgender E-Mail-Adresse zu bestellen: hally@deutscher-verein.de. Außerdem ist der Text der Empfehlungen auf www.deutscher-verein.de unter „Empfehlungen und Stellungnahmen“ auf- und abrufbar. *Quelle: Mitteilungen des Deutschen Städtetages 327-398.2005*

Hartz IV: Ältere Arbeitslose ins Engagement. 30 000 Zusatzbeschäftigungen für Langzeitarbeitslose über 58 Jahre mit einer Laufzeit von maximal drei Jahren stellt der Bund im Rahmen einer Bund-Länder-Initiative bereit. Gefördert werden Tätigkeiten, die im öffentlichen Interesse liegen, zusätzlich sind und nicht auf den ersten Arbeitsmarkt abzielen. Die Durchführung liegt bei den lokalen Arbeitsgemeinschaften. Nach dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement vorliegenden Informationen werden als mögliche Einsatzstellen Quartiersmanagement, Unterstützung des Ehrenamts, Ganztags- und Hausaufgabenbetreuung, der soziale Dienstleistungs- und Betreuungsbereich sowie Verbesserung des Angebots an Kinderbetreuung genannt. *Quelle: BBE-Newsletter 18.2005*

► Gesundheit

Weniger stationäre Krankenhausfälle. Der Rückgang der Krankenhausfälle hielt im Jahr 2004 an. Nach bisherigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes wurden 2004 rund 16,7 Mio. Patientinnen und Patienten in einem Krankenhaus stationär behandelt. Dies waren 3,4 % weniger als im Vorjahr. Auch die Dauer eines Krankenhaus-

aufenthaltes verkürzte sich: Durchschnittlich verbrachte ein Patient, eine Patientin mit 8,7 Tagen 0,2 Tage weniger im Krankenhaus als 2003. Am 31.12.2004 gab es in Deutschland 2 157 Krankenhäuser mit insgesamt 528 000 Krankenhausbetten. Zur stationären Versorgung standen damit 640 Betten je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner zur Verfügung. Einrichtungs- und Bettenzahl lagen damit unter dem Vorjahreswert (-1,8 % beziehungsweise -2,6 %). Zudem setzte sich der Wandel in der Trägerstruktur fort. Der Anteil privater Krankenhäuser erhöhte sich 2004 auf 26 %. Öffentliche Krankenhäuser hatten einen Anteil von 36 %, freigemeinnützige von 38 %. Diese Entwicklung zeigte Auswirkung auf die Zahl der Beschäftigten. Umgerechnet auf die volle tarifliche Arbeitszeit waren 2004 mit rund 816 000 Personen 1 % weniger in den Krankenhäusern beschäftigt als im Jahr zuvor, wobei das ärztliche Personal um 2,3 % anstieg, das nichtärztliche Personal dagegen um 1,5 % zurückging. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 352.2005*

Persönliche Assistenz. Die Möglichkeit der persönlichen Assistenz für behinderte Menschen noch bekannter zu machen ist das Ziel des Mainzer Bündnisses für ein selbstbestimmtes Leben, das das Bundesland Rheinland-Pfalz, Kommunen und das Zentrum für selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen (ZsL) geschlossen haben. Die Partner haben sich auf eine Vereinbarung verständigt, die die Verbreitung des so genannten Arbeitgebermodells persönlicher Assistenz weiter vorantreiben soll. Bei diesem Modell werden die persönlichen Assistenten direkt von der behinderten Person beschäftigt, ohne dass ein ambulanter Dienst oder eine Sozialstation beteiligt ist. Im Mittelpunkt der Vereinbarung stehen die Gestaltungswünsche und Bedürfnisse derjenigen, die die Assistenz in Anspruch nehmen. Als Qualitätsmerkmale persönlicher Assistenz formuliert der Bündnistext, dass die behinderten Menschen als Arbeitgeber selbst entscheiden, wer eingesetzt wird und in welcher Form die Beschäftigung erfolgt. Das Bündnis setzte sich zum Ziel, einen Katalog zu entwickeln, in dem Informationen über diese Hilfeart gesammelt und den Betroffenen und Kostenträgern zur Verfügung gestellt werden. *Quelle: Pressedienst des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz 120-4/2005*

Drogenbericht aus der Schweiz. Die Eidgenössische Kommission für Drogenfragen berät die Schweizer Regierung in Fragen hinsichtlich Drogen und Sucht. Die Kommission besteht aus 14 persönlich gewählten Expertinnen und Experten und ist interdisziplinär zusammengesetzt. Der neueste Bericht der Kommission wurde im Mai 2005 der Öffentlichkeit vorgestellt und befasst sich mit den Optionen für den künftigen Umgang mit psychoaktiven Substanzen in der Schweiz. Der Bericht steht gegenwärtig als Arbeitsversion unter www.bag.admin.ch zur Verfügung. *Quelle: DHS-Newsletter 16.2005*

► Jugend und Familie

50 Jahre Familienverband Landesverband Berlin (DFV). Im Mai 2005 blickte der DFV bei einer Jubiläumsveranstaltung auf 50 Jahre engagiertes Mitwirken in der Sozial- und Familienpolitik zurück. 1955 wurde der Verein zunächst als Bund der Kinderreichen gegründet. Aber nach acht Jahren wurde deutlich, dass Kinderreichtum nicht mehr

der gesellschaftlichen Wirklichkeit entsprach. Da auch kleinere Familien Fürsprechende brauchten, benannte sich der Zusammenschluss 1963 in Berliner Familienverband um. Internet: www.deutscher-familienverband-berlin.de *Quelle: Paritätischer Rundbrief 7-8.2005, Landesverband Berlin*

UNICEF: Schulabbruch verhindern. Millionen Kinder auf der Welt kommen nach den Sommerferien nicht wieder zum Unterricht zurück, obwohl ihre Schulzeit noch lange nicht beendet ist. Nach neuesten Schätzungen von UNICEF werden zwar rund 84 % aller Kinder auf der Erde eingeschult. Doch in den ärmsten Ländern bricht noch immer jedes vierte Kind vor dem Ende der Grundschulzeit die Schule ab. Viele von ihnen bleiben ihr Leben lang Analphabeten. Sie haben es schwer, eine Ausbildung oder einen Arbeitsplatz zu finden und sind besonders von Ausbeutung bedroht. Anlässlich des Weltbildungstages am 8. September rief UNICEF dazu auf, Kinder, die ihre Schule abbrechen, gezielt zu unterstützen, damit sie einen Schulabschluss erreichen. Weltweit gehen über 100 Millionen Kinder im Grundschulalter nicht zur Schule. Auch in Deutschland geben Heranwachsende ihren Schulbesuch auf. So verließen 2004 über 82 000 Heranwachsende die Schule ohne einen Hauptschulabschluss, das waren rund 8,3 % der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen. Bei ausländischen Kindern war diese Quote mit 18,1 % noch wesentlich höher. *Quelle: Pressemitteilung der UNICEF im September 2005*

Das neue Kindschaftsrecht. Entwicklungen, Meinungen, Tendenzen. Von Barbara Mutke und Brita Tammen. Hrsg. Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe. Eigenverlag. Berlin 2004, 104 S., EUR 8,- *DZI-D-7270* Mehr als sechs Jahre sind vergangen, seit der Gesetzgeber mit dem am 1. Juli 1998 in Kraft getretenen Kindschaftsrechtsreformgesetz in mehreren Bereichen zum Teil lang dauernde Entwicklungen zu einem (vorläufigen) Abschluss gebracht hat. Die vorliegende Studie befasst sich insbesondere mit vier Bereichen der Reform, die in diesem Zusammenhang zentrale Veränderungen erfahren haben: Den Regelungen zum Institut der Beistandschaft, den Änderungen im Umgangsrecht, der Verfahrenspflegschaft und den erweiterten Beratungs- und Unterstützungsangeboten der Jugendhilfe. Bestellanschrift: Arbeitsgemeinschaft der Jugendhilfe, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030/40 04 02 00, Fax: 030/40 04 02 32, E-Mail: agj@agj.de

► Ausbildung und Beruf

Girls Day: Mädchen-Zukunftstag. Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen. Evaluationsergebnisse 2003. Hrsg. Frauen geben Technik neue Impulse e.V. W. Bertelsmann Verlag. Bielefeld 2004, 172 S., EUR 14,90 *DZI-D-7104*

Diese Studie berichtet über die Vorbereitung und Durchführung des Girls Day 2003 und die Resonanz der teilnehmenden Mädchen, Organisationen und Schulen. Darüber hinaus untersucht sie, ob und wie sich dieser Tag auf die Berufswahl der Teilnehmerinnen ausgewirkt hat. Das Projekt Girls Day, Mädchen-Zukunftstag, bietet Schülerinnen der Klassen 5 bis 10 die Möglichkeit, den Arbeitsalltag in technischen Berufen kennen zu lernen. Über 110 000 Mädchen und 5 300 Unternehmen, Betriebe und Institutionen nahmen 2003 daran teil. Bestellanschrift: W. Bertelsmann

Kündigung per E-Mail oder SMS ist unwirksam. Nach der Regelung im Bürgerlichen Gesetzbuch muss die Kündigung eines Arbeitsverhältnisses schriftlich erfolgen und vom Ausstellenden eigenhändig durch Namensunterschrift unterzeichnet sein. Durch die Schriftform sollen beide Vertragsseiten bei einer Kündigung vor Übereilung und unbedachten Handlungen bewahrt werden (Warnfunktion); zugleich dient die Schriftform der Rechtssicherheit (Klarstellungs- und Beweisfunktion). Diese Erfordernis führt auch zur Unwirksamkeit von Kündigungen mit einem Telefax, da in diesem Fall ebenfalls eine eigenhändige Unterschrift fehlt. *Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen 458.2005*

Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession. Die drei Berliner Fachhochschulen für Sozialarbeit und die Humboldt-Universität zu Berlin bieten in Kooperation den postgradualen Masterstudiengang „Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession“ an, für den sich Interessierte ab sofort bewerben können. Das berufsbegleitende Weiterbildungsprogramm ist akkreditiert und berechtigt die Absolvierenden zur Promotion und zur Einstufung in den höheren Dienst. Ziel ist die Ausbildung von Fachkräften, die die Menschenrechtsthematik in der Lehre, bei nationalen, internationalen und transnationalen Projekten sowie in der eigenen Trägerorganisation umsetzen können. Bewerbungsschluss: 12. Dezember 2005. Informationen: Zentrum für postgraduale Studien Sozialer Arbeit e.V. Berlin, Regula Corsten, Tel.: 030/50 10 10 47
E-Mail: zpsa@khsb-berlin.de, Internet: www.zpsa.de

Universitätslehrgang Psychosoziale Beratung (MSC). Die Paritätische Akademie hat in Kooperation mit der Donau-Universität in Krems eine dreisemestrige Aufbaustufe konzipiert, die für alle Beratungsberufe eine umfassende Vertiefung und Weiterbildung ermöglicht. Zugelassen werden kann, wer den Abschluss eines Fachhochschul- oder Universitätsstudiums oder einen gleichwertigen Abschluss sowie eine Zusatzausbildung (Supervision, Psychotherapie) nachweisen kann. Außerdem müssen mindestens drei Jahre Berufstätigkeit und eine fachliche Tätigkeit im psychosozialen Bereich nachgewiesen werden. Die Auftaktveranstaltung findet am 9. Dezember 2005 statt, das erste Modul beginnt am 26. Januar 2006 in Berlin. Informationen: Paritätische Akademie, Heidemarie Dreyer-Weik, Tel.: 030/246 36-401, E-Mail: dreyer-weik@akademie.org

21.-23.11.2005 Göttingen. Bundestagung 2005: Integration statt Ausgrenzung – Gerechtigkeit statt Almosen. Information: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V., Quellenhofweg 25, 33617 Bielefeld, Tel.: 05 21/143 96-0, Fax: 05 21/143 96-19, E-Mail: info@bagw.de

22.11.2005 Ostfildern-Nellingen. Fachtagung: Wohngemeinschaften für pflegebedürftige Ältere. Information: Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg, Postfach 10 53 41, 70046 Stuttgart, Tel.: 07 11/619 26-110, Fax: 07 11/19 26-199, E-Mail: barbara.steiner@wohlfahrtswerk.de

23.-25.11.2005 Nürnberg. Fachtagung: ÜberLeben in Drogenszenen. Information: Institut für soziale und kulturelle Arbeit Nürnberg, Gostenhofer Hauptstr. 61, 90443 Nürnberg, Tel.: 09 11/27 29 98-0, Fax: 09 11/929 66 90
E-Mail: post@iska-nuernberg.de

1.-2.12.2005 Gelsenkirchen. Workshop: Professionalität unter veränderten Rahmenbedingungen. Chancen und Risiken von Reformen im öffentlichen Sektor. Informationen: Institut Arbeit und Technik, Schwerpunkt: BEST, Dr. Andreas Langer, Munscheidstr. 14, 45886 Gelsenkirchen, Tel.: 02 09/17 07-193, E-Mail: alanger@iatge.de

1.-2.12.2005 Frankfurt am Main. Fachtagung Familienbildung: Ressourcen von Familien stärken. Information: Paritätisches Bildungswerk Bundesverband, Heinrich-Hoffmann-Str. 3, 60528 Frankfurt am Main, Tel.: 069/67 06-225, Fax: 069/67 06-203, E-Mail: pb.bv@paritaet.org

2.12.2005 Freiburg. 4. Symposium Palliative Care: Palliative Care und De-Institutionalisierung. Information: Institut für Weiterbildung an der Ev. Fachhochschule, Bugginger Str. 38, 79114 Freiburg, Tel.: 07 61/478 12-18, Fax: 07 61/478 12-30, E-Mail: schindler@efh-freiburg.de

2.12.2005 Hannover. Fachtagung: Kultursensible Altenpflege-Ausbildung. Information: Ev. Fachhochschule Hannover, Studiendekanat V, Prof. Barbara Hellige, Blumhardtstr. 2, 30625 Hannover, Tel.: 05 11/53 01-150
E-Mail: hellige@efh-hannover.de

12.-13.12.2005 Hannover. Fachtag: Erziehungsstellen: Eine Brücke in die Zukunft. Information: Ev. Erziehungsverband, Flüggestr. 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81-15

27.1.2006 Bern. Tagung anlässlich der Gründung der Schweizerischen Gesellschaft für Soziale Arbeit: Weiterentwicklung von Theorie, Empirie und Fachlichkeit in der Sozialen Arbeit als Wissenschaft. Information: Prof. Marcel Meier Kressig, Fachhochschule für Technik, Wirtschaft und Soziale Arbeit St. Gallen, FB Soziale Arbeit, Industriestr. 35, CH-9401 Rorschach, Tel.: 00 41/71/844 48 80, Fax: 00 41/71/844 08 50, E-Mail: marcel.meierkressig@fhsg.ch